

Geschäftsstelle, c/o Public Health Schweiz
Dufourstrasse 30
3005 Bern
www.pro-salute.ch

An die Mitglieder des Parlaments

04. Dezember 2023

09.528 Parlamentarische Initiative

Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Einführung des Monismus

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie werden demnächst die Beratungen zum Geschäft **Einheitliche Finanzierung der Leistungen im ambulanten und im stationären Bereich (EFAS) 09.528** fortführen.

pro-salute.ch, seit 2020 die Stimme der Patientinnen und Patienten, der Konsumentinnen und Konsumenten und der Prämienzahlenden, **empfiehlt Ihnen, aus den folgenden Gründen, EFAS abzulehnen**. Fünf unserer sechs Mitgliedorganisationen tragen dieser Empfehlung mit.

pro-salute.ch unterstützt den Grundgedanken einer einheitlichen Finanzierung der ambulanten und stationären Versorgung. Diese Reform darf jedoch **nicht auf Kosten der Konsumentinnen, Patienten und Prämienzahlenden** gehen. Der aktuell vorliegende Entwurf bietet jedoch **für sie vor allem Nachteile – unabhängig von den noch offenen Differenzen. Insbesondere werden etliche Kosten** von der öffentlichen Hand zu den Patientinnen und Prämienzahlenden verschoben.

Mit dem **Einbezug der Langzeitpflege** in die einheitliche Finanzierung droht ein **Prämienanstieg – zusätzlich zur bereits starken Kostensteigerung**. Die heutige Deckelung des Prämienbeitrags in der Langzeitpflege wurde gestrichen: Aus Sicht von pro-salute.ch ein Fehlentscheid, der nun leider nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.

Der **Selbstbehalt bei stationären Leistungen wird erhöht**: Bisher musste der Selbstbehalt von 10 % nur für den Krankenkassen-Anteil bezahlt werden. Neu würden Patientinnen den Selbstbehalt sowohl für den Krankenkassen- als auch für den Kantons-Anteil bezahlen müssen (Art. 64 Abs. 2bis). Aus Sicht von pro-salute.ch ist diese **einseitige Kostenabwälzung auf die Patienten nicht akzeptabel**. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass die Out-of-Pocket-Zahlungen in der Schweiz bereits rekordmässig hoch sind (OECD) und jede(r) Fünfte aufgrund befürchteter Kosten auf Arztkonsultationen verzichtet (OECD).

Mit EFAS in der vorliegenden Form droht den Versicherten also nicht nur **ein weiterer Prämienanstieg**, auch ihre **Kostenbeteiligung würde steigen**. Ausserdem ist sehr unklar, ob die grossen Hoffnungen bezüglich möglicher Kostendämpfung durch EFAS realistisch sind. Die diesbezügliche Datenlage ist dünn und mit hoher Unsicherheit behaftet.

Aus Sicht von pro-salute.ch ist EFAS nicht geeignet, das grundlegende Problem der jährlich stark steigenden Gesundheitskosten wesentlich zu entschärfen. Zudem bringt es verschiedene Nachteile für Konsumentinnen, Patienten und Prämienzahlende.

Deshalb empfehlen wir die Ablehnung von EFAS.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Erwägungen und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Felix Wettstein, Präsident



Ivo Meli, Vorstandsmitglied

pro-salute.ch, die Stimme der Patientinnen und Patienten, Konsumentinnen und Konsumenten sowie der Prämienzahlenden